



**- Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur -
- 18. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Ausschusses für Schule,
Beruf und Kultur

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Schule, Beruf und Kultur am 05.03.2026

Anwesend:

Herr Franz-Josef Arkenau (Vertreter der Eltern der kreiseigenen berufsbildenden Schulen)

Frau Nicole Brand

Frau Anne Ellmann

Herr Jens Frye

Frau Simone Göhner

Herr Thomas gr. Schlarman

(Vertretung für Herrn Martin Meyer)

Herr Norbert Hinzke

Herr Josef Kruse

Herr Dirk Lübbe

(Vertretung für Frau Katharina Willenbrink)

Herr Uwe Meyer

Frau Claudia Meyer-Blömer (Vertreterin der Eltern der kreiseigenen allgemeinbildenden Schulen)

Frau Inka Moritz (Vertreterin der Lehrerschaft der kreiseigenen allgemeinbildenden Schulen)

Herr Sebastian Ramnitz

Herr Paul Sandmann

Herr Achim Schrader (Vertreter der Arbeitnehmerorganisation)

(Vertretung für Herrn Schaffhausen)

Herr Aloys Schulte

Herr Helmut Steinkamp

Frau Henrike Theilen

Herr Philip Wilming

Herr Matthias Windhaus

Herr Holger Ziefus

Entschuldigt:

Herr Piotr Kwietniewski (Vertreter der Schülerschaft der kreiseigenen allgemeinbildenden Schulen)	entschuldigt
Herr Martin Meyer	entschuldigt
Herr Sam Schaffhausen (stellvertretender Vorsitzender)	entschuldigt
Herr Christoph Schmedding Vertreter der Arbeitgeberorganisation	Vertreter für Herrn Tepe
Herr Jonas Seep-Rosa (Vertreter der Schülerschaft der kreiseigenen berufsbildenden Schulen)	
Herr Andreas Tepe (Vertreter der Arbeitgeberorganisation)	entschuldigt
Frau Katharina Willenbrink	entschuldigt

Es fehlte:

Frau Ingrid Frenkel (Vertreterin der Lehrerschaft der kreiseigenen berufsbildenden Schulen)

Hinzugezogen:

Herr Hartmut Heinen (Erster Kreisrat)
Herr Tobias Gerdemeyer (Landrat)
Marion Jänen
Frau Dagmar Röben-Guhr
Tolga Tarhanli Protokoll
Frau Astrid Brokamp

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Verpflichtung hinzugewählter Ausschussmitglieder
5. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schule, Beruf und Kultur am 13.11.2025
6. Mitteilungen des Landrats
 - 6.1. Neue Regelung des BAMF - Änderung der Zulassung zu Integrationskursen
 - 6.2. Digitalpakt 2.0
 - 6.3. Beschaffung digitale Endgeräte für SuS ab Jahrgangsstufe 7 durch das Land Niedersachsen

- 6.4. Informationen zur Ganztagschule
7. Bildungskommune Landkreis Vechta – Festlegung eines „Leitbilds Bildung“ (165/2026)
8. Bericht über die Arbeit der Bildungskommune – Bildungsportal und Bildungsmonitoring (166/2025)
9. Bericht Steuerungsgruppe Bildungsregion (167/2025)
10. Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Bildungsfond (169/2026)
11. Anpassung der Schülerbeförderungssatzung (161/2026)
12. Antrag auf Genehmigung der Einrichtung einer Berufsfachschule Sozialpädagogik an der BBS III Justus von Liebig Schule Vechta (174/2026)
13. Antrag auf Genehmigung der Einrichtung einer Fachoberschule Sozialpädagogik an der BBS III - Justus von Liebig Schule Vechta (175/2026)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Matthias Windhaus eröffnet die Sitzung um 17:03 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Schule, Beruf und Kultur werden festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Es wird kein Antrag auf Änderung der Tagesordnung gestellt.

4. Verpflichtung hinzugewählter Ausschussmitglieder

Landrat Tobias Gerdesmeyer begrüßt das neue Ausschussmitglied. Er führt die Pflichtenbelehrung nach §§ 40 bis 42 Nds. Kommunalverfassungsgesetz durch und

verpflichtet Nicole Brand (Lehrervertreterin der berufsbildenden Schulen) per Handschlag. Anschließend wird die Pflichtenbelehrung ausgehändigt.

5. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schule, Beruf und Kultur am 13.11.2025

Die Niederschrift der Sitzung über die 14. Sitzung vom 13.11.2025 wird einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

6. Mitteilungen des Landrats

6.1. Neue Regelung des BAMF - Änderung der Zulassung zu Integrationskursen

Erster Kreisrat Hartmut Heinen informiert über die aktuelle Änderung der Finanzierung von Integrationskursen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Danach entfallt die bisherige Möglichkeit der Finanzierung des Kurses durch das BAMF, wenn Personen freiwillig an den Integrationskursen teilnehmen möchten.

Nach § 44 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz haben Neuzugewanderte mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus, Familienangehörige von Deutschen, Arbeitsmigrantinnen und -migranten, Personen mit Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen und Spätaussiedler und deren Familienangehörige einen Anspruch auf Teilnahme eines Integrationskurses.

Nach § 44 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz bestand bisher die Möglichkeit, dass bereits länger in Deutschland lebende Ausländer mit Integrationsbedarf und EU-Bürger (in bestimmten Fällen) freiwillig an Integrationskursen teilnehmen konnten, soweit noch freie Plätze hierfür zur Verfügung standen. Dieses werde ab sofort von Seiten des BAMF nicht mehr möglich sein.

Die Bildungsträger dieser Integrationskurse müssen sich nun dieser neuen Situation anpassen. Von Seiten der Bildungsträger werde vorgebracht, dass bisher 25 bis 33 Prozent der Kursteilnehmenden freiwillig Teilnehmende gewesen seien, so dass die Auslastung der Kurse durch die fehlenden freiwilligen Teilnehmenden zu wirtschaftlichen Herausforderungen für die Träger führe.

Anspruch auf einen Integrationskurs haben vor allem neu zugewanderte Drittstaatsangehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus, Schutzberechtigte und bestimmte Familienangehörige. Die Teilnahmeberechtigung werde meist von der Ausländerbehörde, vom Jobcenter oder vom BAMF ausgestellt.

6.2. Digitalpakt 2.0

Erster Kreisrat Hartmut Heinen berichtet, dass nach dem Digitalpakt 1 für den Zeitraum 2019 bis 2024 jetzt von Bund und Ländern der Digitalpakt 2.0 beschlossen worden sei. Von den Bundesfinanzmitteln in Höhe von 5 Milliarden Euro werde das Land Niedersachsen 201 Millionen Euro erhalten. Mit diesen Fördermitteln sollen neben der technischen Ausstattung auch die Unterrichtsentwicklung, die Fortbildung der Lehrkräfte und innovative Lernmethoden unterstützt werden.

6.3. Beschaffung digitale Endgeräte für SuS ab Jahrgangsstufe 7 durch das Land Niedersachsen

Erster Kreisrat Hartmut Heinen informiert über die Planungen des Landes. Das Land habe aufgrund der Verhandlungen mit den Spitzenverbänden erklärt, dass die Schüler-Endgeräte vom Land beschafft und auf die Schulen verteilt werden. Die Zuweisung des Landes für die IT-Administration soll von ursprünglich 11 Millionen Euro auf 42 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden, wobei ein Effizienzabschlag von 25 Prozent vorgesehen sei. Die Geräte werden Eigentum des Landes sein, so dass die Zuständigkeit hierfür auch für die kommenden Jahre geklärt sei. Die gesamte Verantwortung für die Beschaffung und Abwicklung liege bei der Landesregierung, was eine Entlastung der kommunalen Schulträger darstelle.

6.4. Informationen zur Ganztagschule

Amtsleitung Dagmar Röben-Guhr berichtet zum Stand der Neuregelungen zur Ganztagschule. Der Runderlass zur Arbeit in der Ganztagschule sei überarbeitet worden und zum 1. Februar in Kraft getreten. Dabei seien die Regelungen zur Mittagsverpflegung und zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern flexibilisiert worden. Es seien keine verpflichtenden Vorgaben zur Qualifizierung der Betreuer festgelegt worden.

Weiterhin befinde sich der Entwurf zu den Finanzierungsregelungen zur Klassenbildung und Lehrkräftestundenzuweisung in der Verbandsanhörung.

Erster Kreisrat Hartmut Heinen ergänzt, dass die Elisabethschule mit der Förderschule Sprache als kreiseigene Schule auch von den Ganztagsregelungen betroffen sei und dass eine weitere Auswirkung der Einführung des Rechtsanspruchs den Bau von Mensen für die Grundschulen nach sich ziehen werde. Hierfür zeige sich, dass weitere Änderungen der Bestimmungen zur Kreisschulbaukasse des Landkreises Vechta erforderlich seien. Dieses werde voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werden.

7. Bildungskommune Landkreis Vechta – Festlegung eines „Leitbilds Bildung“ (165/2026)

Laura Pigge, Bildungskoordinatorin im Projekt „Bildungskommune“ informiert über die Module des Projektes „Bildungskommune“, zu dem u.a. die Erstellung eines Leitbildes für den Bildungsbereich gehört. Bereits in einer früheren Sitzung des Ausschusses sei darüber kurz informiert worden. Das Leitbild biete auch über das Projekt hinaus eine gemeinschaftliche Orientierung für die Bildungslandschaft.

Sie erläutert, dass für die Erstellung des Leitbildes externe Bildungsakteure, die Steuerungsgruppe der Bildungsregion sowie landkreisintern Amts- und Referatsleitungen zur Mitarbeit an dem Leitbild eingeladen worden seien, um Bedarfe und relevante Themen zu ermitteln.

In diesen Veranstaltungen, die als Konferenz und Workshop durchgeführt worden seien, habe man sich auf fünf Handlungsfelder konzentriert, darunter lebenslanges Lernen, digitale Bildung einschließlich KI, datenbasiertes Bildungsmonitoring, eine vernetzte Bildungslandschaft (analog und digital) sowie Fachkräftebildung.

Die Vision des Leitbildes werde als Gemeinschaftsaufgabe formuliert, die Kooperationen stärke, digitale Lösungen fördere und schulische sowie außerschulische Lernorte integriere. Zudem werde auf die Rolle des Bildungsbüros hingewiesen, das als zentrale Koordinationsstelle für die Prozesse fungiere und auf regionale Stärken wie kurze Kommunikationswege und pragmatische Lösungen zurückgreife.

Der jetzt vorgestellte Entwurf des Leitbildes müsse auch in der Zukunft an den jeweiligen Entwicklungen angepasst werden. Jetzt werde der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur gebeten, den Entwurf zur Kenntnis zu nehmen, damit dieser für die weitere Arbeit als Grundlage dienen könne.

Vorsitzender Matthias Windhaus weist auf das als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügte Leitbild hin.

Sodann beschließt der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur einstimmig

Der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur nimmt das angefügte Leitbild der Bildungskommune Landkreis Vechta zur Kenntnis

8. Bericht über die Arbeit der Bildungskommune – Bildungsportal und Bildungsmonitoring (166/2025)

Amtsleitung Dagmar Röben-Guhr teilt mit, dass das Thema Bildungsmonitoring in der Sitzung nicht vorgestellt werden könne. Es würde in der nächsten Sitzung nachgeholt werden. Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung würde die Zeit für das Thema Bildungsmonitoring nicht mehr ausreichen.

Bildungskoordinatorin Laura Pigge berichtet über die Entwicklung des Bildungsportals, das als zentrale Plattform für Bildungsangebote im Landkreis Vechta dienen solle. Sie betont, dass die Konzeptphase weit fortgeschritten sei und die Program-

mierung bereits begonnen habe, wobei das Portal in seiner Struktur weitgehend fertiggestellt sei. Die Zusammenarbeit mit der beauftragten externen Agentur habe sich als sehr positiv und wirkungsvoll erwiesen. Als eine besondere technische Herausforderung sei dabei die Entwicklung von Schnittstellen zu bewältigen. Die Inhalte der bisherigen Website der Bildungsregion sollen sukzessive in das neue Portal übertragen werden. Die alte Seite werde dann abgeschaltet, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Ziel sei es, dass das Portal eine Datenbank für Bildungsangebote mit Filterfunktionen und eine Bildungslandkarte enthalten werde sowie redaktionelle Seiten zu Themen wie Elementarbildung, Integration und Sprachförderung umfassen werde. Zudem sei ein interner Bereich in Planung, der beispielsweise Arbeitsgruppen oder Dashboards für das Bildungsmonitoring beinhalten könne.

KTA Simone Göhner kritisiert den aktuellen Zustand der alten Website der Bildungsregion, die nicht mehr aktuell sei und deshalb die Startphase möglichst bald beginnen solle.

Landrat Tobias Gerdesmeyer betont die Bedeutung der Integration eines Chatbots in das Portal.

KTA Helmut Steinkamp wünscht sich die Einbindung eines Zählsystems, um die Nutzung des Portals analysieren zu können.

Amtsleitung Dagmar Röben-Guhr ergänzt, dass es wichtig sei, dass das Portal erst in den Echtbetrieb gehe, wenn es ausreichend inhaltlich gefüllt sei.

9. Bericht Steuerungsgruppe Bildungsregion (167/2025)

Bildungskoordinator Julian Kolley berichtet über den Termin der Steuerungsgruppe Bildungsregion am 18. Februar 2026. Die Teilnahme und rege Beteiligung an der Sitzung sei wahrscheinlich auch auf das aktuelle Interesse an Digitalisierung und dem Thema „Künstliche Intelligenz (KI)“ zurückzuführen. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe hätten sich einhellig dafür ausgesprochen, sich mit dem Thema KI als zentralen Schwerpunkt zu befassen, da es in allen Bildungseinrichtungen, einschließlich der Schule, der Erwachsenenbildung und der beruflichen Ausbildung, bereits präsent sei.

Herr Kolley betont, dass KI nicht nur durch externe Entwicklungen, sondern auch durch lernende Modelle stetig verändert werde, was eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit diesem Thema erfordere. In der Diskussion in der Steuerungsgruppe sei deutlich geworden, dass die Einstellungen zu KI ambivalent seien, wobei das Thema „KI“ sowohl als Unterstützung für die Arbeit aber auch als Herausforderung angeführt worden sei.

Die Steuerungsgruppe habe hierzu drei übergeordnete Ziele formuliert: die Sensibilisierung für das Thema, die Schaffung eines bedarfsgerechten „Handwerkskoffers“ mit praxisnahen Tools und Konzepten sowie die Entwicklung eines umfassenden Rahmens, der die Nutzung

von KI in Bildungseinrichtungen leite und Risiken hervorhebe. Aus der Mitte der Steuerungsgruppe wurde eine Arbeitsgruppe „KI“ gebildet, die ein jährliches Veranstaltungsprogramm mit einer Auftaktveranstaltung erarbeiten solle, wobei eine externe Expertise einbezogen werden solle.

KTA Holger Ziefus fragt, ob es bereits Erhebungen über die KI-Nutzung in den Schulen des Landkreises Vechta gebe. Julian Kolley teilte hierzu mit, dass keine kreisspezifischen Daten vorlägen, jedoch aus einer bundesweiten Jugendstudie hervorgehe, dass Schülerinnen und Schüler KI weit verbreitet nutzen, während Schulen häufig keine klaren Regelungen oder Konzepte hätten.

KTA Ziefus ergänzt, dass eine Bedarfserhebung sinnvoll sei, um gezielt Unterstützung für Schulen anbieten zu können, und betone die Zusammenarbeit mit dem Medienkompetenzzentrum. EKR Hartmut Heinen weist darauf hin, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe bewusst schulische Expertise, insbesondere aus den Schulleitungen, einbeziehe, um die Heterogenität der Bildungsregion abzubilden.

KTA Herr Ramnitz fragt, ob die Veranstaltungsreihe einmalig oder regelmäßig angelegt sei. Julian Kolley erklärt, dass beides wünschenswert sei, jedoch zunächst ein einmaliges Programm geplant werde, das im Bedarfsfall verstetigt werden könne.

Landrat Tobias Gerdemeyer ergänzt, dass im Verwaltungsbereich bereits Chatbot-Lösungen wie Intellex oder InnoGPT diskutiert werden, die auch datenschutzkonform eingesetzt werden können. Julian Kolley bestätigt, dass finanzielle und datenschutzrechtliche Hürden bestünden, insbesondere da kommerzielle KI-Anbieter keine Gratisversionen für Schulen anboten.

EKR Hartmut Heinen weist in diesem Zusammenhang auf die vom Land Niedersachsen für Schulen bereitgestellte datenschutzkonforme KI-Chatbot-Oberfläche „telli“ hin.

10. Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Bildungsfond (169/2026)

Bildungskoordinator Julian Kolley weist darauf hin, dass der Bildungsfonds als zentrales Instrument zur Förderung der Chancengerechtigkeit in seiner aktuellen Anwendung nicht optimal wirke. Das Antragsverfahren folge dem Prinzip des "Windhund Verfahrens" und dadurch entstehe eine ungleiche Verteilung der Mittel. Er betont, dass Schulen, die vorausschauend planen könnten, überproportional profitierten, während andere Schulen aufgrund von Planungsschwierigkeiten benachteiligt würden. Zudem sei aufgefallen, dass Projekte mit ähnlichen Inhalten mehrfach beantragt und bewilligt würden, was der Förderung von Innovationen entgegenstehe.

Die Steuerungsgruppe der Bildungsregion habe auf diesen Hinweis reagiert und beabsichtigt unterjährige Antragsfristen auszuprobieren, um eine gerechte Verteilung der Fördermittel zu ermöglichen.

KTA Simone Göhner hebt hervor, dass das neue Verfahren zwar schlank bleibe, aber dennoch für kleinere Schulen, wie die aus Vechta, Herausforderungen aufwerfe. Sie betont, dass traditionelle Besuche außerschulischer Lernorte nicht durch

diese Regelung eingeschränkt werden dürften.

Erster Kreisrat Hartmut Heinen erläutert, dass in der Vergangenheit häufig in den Schulen bewährte Projekte, wie Zirkus- oder Malprojekte, wiederholt gefördert worden seien. Er betont die Notwendigkeit, dass der Bildungsfonds auch für neue Themen genutzt werden solle.

Landrat Tobias Gerdesmeyer fragt, ob die Antragstellung weiterhin per E-Mail als PDF erfolge, und schlägt alternativ die Nutzung digitaler Formulare vor, um die Einhaltung der neuen Anforderungen zu erleichtern.

11. Anpassung der Schülerbeförderungssatzung (161/2026)

Referatsleitung Nicole Bramlage informiert über die Anpassung der Schülerbeförderungssatzung. Sie betont, dass der dritte Absatz des § 1 überflüssig sei, da die Berufseinstiegsschule bereits im § 5 Abs. 5 genannt werde. Zudem werde der Umgang mit dem BAföG-Anteil präzisiert, indem künftig im Antrag festgelegt werde, ob ein BAföG-Anspruch, beziehungsweise kein Anspruch auf BAföG bestehe. In § 7 Abs. 9 werde ein organisatorischer Ablauf hinsichtlich der Antragstellung im Zusammenhang mit dem Eigenanteil ergänzt, um die Bereitstellung der Tickets im Folgemonat zu gewährleisten. Weiterhin werde der Eigenanteil von 29 Euro auf 50 Prozent des aktuellen Fahrpreises von 63 Euro angepasst, um zukünftige Fahrpreisänderungen in der Satzung flexibel abzubilden.

Vorsitzender Matthias Windhaus bestätigt, dass die Herausnahme der Berufsfachschulen aus der Satzung auf § 114 des Niedersächsischen Schulgesetzes zurückgehe, weshalb die Redundanz im § 1 zu vermeiden sei.

Landrat Tobias Gerdesmeyer verdeutlicht, dass die BAföG-Ausschlusskriterien auf tatsächliche Empfänger beschränkt seien, um Unwucht zu vermeiden, insbesondere bei beruflichen Gymnasien. Zudem werde betont, dass ein fachärztliches Attest für individuelle Beförderungen erforderlich sei, um unzulässige Anträge zu reduzieren und Kosten zu sparen.

Sodann beschließt der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur einstimmig.

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Vechta in der vorliegenden Form mit Wirkung zum 01.08.2026 zu beschließen“

12. Antrag auf Genehmigung der Einrichtung einer Berufsfachschule Sozialpädagogik an der BBS III Justus von Liebig Schule Vechta (174/2026)

Die Schulleiterin der Justus-von-Liebig Schule, Marion Jänen, trägt zum Antrag auf Genehmigung der Einrichtung einer Berufsfachschule Sozialpädagogik an der Justus-von-Liebig-Schule vor und erläutert die Herausforderungen, die sich aus der kurzfristigen Änderung des BFS-dual-Konzeptes durch das Land ergeben haben. Danach haben insbesondere Schülerinnen und Schüler mit einem Hauptschulabschluss nach Klasse 9 oder 10, die bislang auf den Realschulabschluss hofften,

durch die Änderung keine Möglichkeit mehr, den gewünschten Schulabschluss zu erlangen. Marion Jänen betont, dass die bisherigen Stränge und Profile, insbesondere der F-Strang, weggefallen seien und dadurch viele individuelle Bildungswege blockiert würden. Eine Reaktivierung der Berufsfachschule Sozialpädagogik sei daher erforderlich, um die betroffenen Schülerinnen und Schüler in die zweijährige Ausbildung einsteigen zu lassen und dadurch die Erlangung des Realschulabschlusses zu ermöglichen.

Zudem sei die Wiedereinführung der Klasse 11 der Fachoberschule (FOS) notwendig, da der F-Strang der BFS-dual weggefallen sei. Ohne die Klasse 11 der FOS können die Schülerinnen und Schüler nicht mehr in die Klasse 12 der FOS wechseln. Schulleitung Marion Jänen weist darauf hin, dass die Berufsbildenden Schulen in Vechta und auch in Lohne zusammen mit der Verwaltung in der Lage seien, die erforderlichen Anpassungen der Bildungsangebote vorzunehmen. Jedoch bestehe aufgrund der Komplexität des Systems und der fehlenden Kommunikation mit den Beteiligten ein erheblicher Beratungsbedarf.

KTA Simone Göhner kritisiert das Vorgehen des Kultusministeriums als „komplettes Desaster“ und beantragt, den Änderungsantrag der Justus-von-Liebig-Schule einstimmig zu unterstützen, aber auch die Missbilligung über das Vorgehen des Ministeriums zum Ausdruck zu bringen. Deswegen solle die Verwaltung beauftragt werden, das Kultusministerium aufzufordern, die Änderungen der BFS-dual wieder rückgängig zu machen und die Umsetzung des bisherigen Konzepts der BFS-dual wieder zu ermöglichen. Sie betont, dass die Einrichtung der Berufsfachschule Sozialpädagogik und der FOS 11 zur Unterstützung der Justus-von-Liebig-Schule auf die Änderungen der BFS-dual dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen werden solle, um die Beratung der Schülerinnen und Schüler und der Eltern rechtzeitig vornehmen zu können.

Erster Kreisrat Hartmut Heinen unterstreicht die Eilbedürftigkeit des Antrags, da die Anmeldefrist bereits abgelaufen sei und die Betroffenen keine Alternative hätten.

Landrat Tobias Gerdesmeyer weist auch auf die Auswirkungen auf die Handelslehranstalten (HLA) und der Adolf-Kolping-Schule (AKS) hin, die in der BFS-dual ein Erfolgsmodell sahen, und betont die Notwendigkeit, die Handlungsfähigkeit der Schulen zu sichern.

KTA Anne Ellmann erkundigt sich nach der Machbarkeit landkreisübergreifender Interventionen. Hierzu erklärt Marion Jänen, dass die Zusammenarbeit mit anderen Berufsbildenden Schulen in den anderen Landkreisen aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit nicht ausreichend gewährleistet sei.

Vorsitzender Matthias Windhaus fasst schließlich die Diskussion zusammen und betont, dass der Änderungsantrag als eine Empfehlung an den Kreistag diene, um die Einrichtung der Berufsfachschule Sozialpädagogik und der FOS 11 zu ermöglichen, falls keine Lösung vom Kultusministerium komme.

Der Schulausschuss beschließt, dass der Ausschuss die Absicht des Kultusministe-

riums missbilligt, die Berufsfachschule dual zu ändern, und die Verwaltung beauftragt, das Ministerium aufzufordern, die Umsetzung des geplanten Konzepts zu ermöglichen. Sollte dies nicht gelingen, beschließt er hilfsweise, dass die vorliegenden Anträge auf die Einrichtung der Berufsfachschule Sozialpädagogik und der Fachoberschule Sozialpädagogik an der BBS III Justus von Liebig Schule Vechta genehmigt werden.

Sodann beschließt der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur einstimmig.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Beruf missbilligt die Absicht des Kultusministeriums Niedersachsen die Berufsfachschule dual in der bisherigen Form zu ändern. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ministerium aufzufordern, die Änderungen aufzuheben und die Umsetzung des erprobten Konzepts in der bisherigen Form zu ermöglichen. Eine Antwort aus dem MK sollte bis zur Sitzung des Kreistages am 30.04.2026 vorliegen.

Hilfsweise beschließt er dem Kreistag zu empfehlen die vorliegenden Anträge auf die Einrichtung der Berufsfachschule Sozialpädagogik und der Fachoberschule Sozialpädagogik an der BBS III Justus von Liebig Schule Vechta zu genehmigen.

13. Antrag auf Genehmigung der Einrichtung einer Fachoberschule Sozialpädagogik an der BBS III - Justus von Liebig Schule Vechta (175/2026)

Schulleitung Marion Jänen erläutert, dass aufgrund der Auflösung des F-Stranges nach dem bisherigen Konzept der BFS-dual die Fachoberschule für Sozialpädagogik an der BBS III Justus-von-Liebig-Schule in Vechta mit einer Klasse 11 und einer Klasse 12 eingerichtet werden solle. Dies sei unumgänglich, wie auch bereits unter dem Tagesordnungspunkt 12 mitgeteilt worden sei.

Vorsitzender Matthias Windhaus verweist auf die unter dem Tagesordnungspunkt 12 besprochene Vorgehensweise. Wenn das Kultusministerium die Regelung nicht ändere, müsse der Antrag der BBS III Justus-von-Liebig-Schule, auf Einrichtung der Fachoberschule Sozialpädagogik genehmigt werden. Weiterhin müsse die Verwaltung beauftragt werden, den entsprechenden Antrag an die regionale Landesschulbehörde zu stellen.

Sodann beschließt der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur einstimmig.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Beruf missbilligt die Absicht des Kultusministeriums Niedersachsen die Berufsfachschule dual in der bisherigen Form zu ändern. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ministerium aufzufordern, die Änderungen aufzuheben und die Umsetzung des erprobten Konzepts in der bisherigen Form zu ermöglichen. Eine Antwort aus dem MK sollte bis zur Sitzung des Kreistages am 30.04.2026 vorliegen.

Hilfsweise beschließt er dem Kreistag zu empfehlen die vorliegenden Anträge auf die Einrichtung der Berufsfachschule Sozialpädagogik und der Fachoberschule Sozialpädagogik an der BBS III Justus von Liebig Schule Vechta zu genehmigen.

Ende der Sitzung: 19:24 Uhr

Vechta, 20.04.2026

Gerdesmeyer
Landrat

Tarhanli
Protokollführer